

Rückblick 17. Forum «Innere Sicherheit» →

Wie sieht es nun aus mit dem Mehrwert der Digitalisierung?

Das war die Leitfrage des 17. Forums «Innere Sicherheit», die am 4. November mit spannenden Fragen der Teilnehmenden und Inputs der Referierenden diskutiert wurde. Eine Zusammenfassung der einzelnen Referate und die Antworten auf die Leitfrage findet ihr nun in diesem Beitrag.

Text: Jean-Daniel Favre, Edy Pironaci, Noa Widmer; Fotos: Anja Wurm



Grüsslich in Bärn! Endlich war es so weit und der VSBP durfte rund 140 Gäste am 17. Forum «Innere Sicherheit» im Casino Bern begrüßen. Die Freude über einen Anlass, der lange geplant war und endlich physisch durchgeführt werden konnte, war sehr gross. Pünktlich um 8.30 Uhr hiessen wir die ersten Gäste zu Kaffee und Gipfeli willkommen. Schnell füllte sich das Foyer mit allen Teilnehmenden. Nebst den zahlreichen Mitgliedern des VSBP waren auch ein paar externe Interessierte anwesend. Beste Voraussetzung für eine spannende Diskussion, die später folgen wird.

Der Startschuss fiel um 9.30 Uhr mit der Eröffnungsrede der Präsidentin Johanna Bundi Ryser. Die Überleitung zu den Referaten und die gesamte Moderation übernahm der Kommunikationsleiter der Kantonspolizei Basel-Stadt Adrian Plachesi. Ein grosses Dankeschön an dieser Stelle an Adrian für den stets souveränen Auftritt. Kompliment auch dem Verbandssekretariat für die perfekte Planung und Durchführung des Anlasses. Dank euch lief alles wie am Schnürchen. Ohne Sponsoren könnte das Forum gar nicht stattfinden. Deshalb: Herzlichen Dank an alle Sponsoren.

Für viel Abwechslung sorgten die spannenden Ansichten der geladenen Referierenden. Dass sie sich nicht immer einig waren und unterschiedliche Herangehensweisen in Bezug auf die Digitalisierung hatten, war klar. Das zeigte deutlich die zum Schluss geführte Podiumsdiskussion, welche mit viel Herzblut, aber auch Witz und gegenseitigem Respekt den krönenden Abschluss darstellte. Nachfolgend geben wir euch einen Einblick in die Vorträge.

Referat von Akif Ekin

Akif Ekin ist der Gründer der Ekin AG. Die Firma befasst sich mit Smart City Solutions,

die weltweit bei automatisierten Anwendungen in den Bereichen Rotlichtüberwachung, Geschwindigkeitserfassung, Nummernschilderkennung, intelligentes Kreuzungsmanagement, Parkraumbewirtschaftung, zentrale Verwaltungssoftware und mobile Überwachungslösungen für Strafverfolgungsbehörden, Regierungen, lokale Behörden und den Privatsektor zum Einsatz kommen.

Akif Ekin unterstrich im Verlaufe seiner Darbietung die Bedeutung des Mehrwerts, der sich aus der Anwendung der Technologie im Alltag in einer Vielzahl von Tätigkeiten, darunter der Polizei- und Sicherheitsarbeit im Allgemeinen, ergibt.

Aus seiner Sicht ist die Technologie dort rational anzuwenden, wo es sich um repetitive Prozesse handelt. Diese werden automatisiert bzw. autonom gemessen mit dem Ziel, das menschliche Leben zu erleichtern.

Anwendungsbegleitete Datenerhebung verfolgt den Zweck, Fachleuten mehr Zeit für die eigene Arbeit zu verschaffen, ihnen aber anhand gezielter Datenanalysen gleichzeitig mehr Informationen zu liefern.

Die Digitalisierung hat viele Vorteile: vereinfachte Prozesse, automatische Verbalsierung, automatische Erhebung, Geschwindigkeit, enorme Menge an in kurzer Zeit gesammelten Daten usw. Es gibt aber auch Nachteile, darunter insbesondere die Speicherung grosser Datenmengen, deren Schutz und Verwendung. Eine ständige Herausforderung sind dabei der Datenschutz und die Gewährung des Zugangs nur für autorisierte Personen.

Aus diesem Grund braucht es bei der Verwaltung der gesammelten Daten einen ethischen Rahmen, der Transparenz garantiert und dem Willen und den Anforderungen der Bevölkerung entspricht. Die Videotechnik, einschliess-

Gold-Sponsoren:



Silber-Sponsor:



lich des Bodycam-Sektors, ist laut Akif Ekin ein Bereich, der sich in Entwicklung befindet und der für alle, die sich mit Sicherheit befassen, hilfreich ist. Neben diesem Sektor stellen die Archivierung von immer grösseren Datenmengen, ihre Indexierung und Katalogisierung eine grosse Herausforderung dar.

Die einleitende Frage, ob die Digitalisierung für die Polizei einen Mehrwert darstelle, beantwortet Akif Ekin mit einem klaren Ja.

Wir können nicht gegen die Digitalisierung sein, weil wir sonst überfordert wären.

Referat von Holger Gadorosi

Holger Gadorosi ist Leiter des Programms Polizei 20/20 beim deutschen Bundeskriminalamt (BKA). Bei der deutschen Polizei gibt es derzeit 400 einzelne Systeme, die von 20 Teilnehmern betrieben werden (16 Landes-

polizeien und 4 Bundespolizeistellen). Ziel ist es, alle Systeme in einem zu vereinen.

Das Programm wurde 2016 von den Innenministern des Bundes und der Länder im Rahmen der Saarbrücker Agenda betreffend die Informationsarchitektur der Polizei in Deutschland im Bereich der inneren Sicherheit verabschiedet. Die

Agenda definierte die Grundlagen für eine grundlegende Modernisierung und Standardisierung der Informationsverwaltung.

Ziele des Programms Polizei 20/20

→ Jeder Polizeibeamte hat innerhalb des entsprechenden gesetzlichen Rahmens jederzeit und überall Zugriff auf die für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen.

- Die zukünftige IT der Polizei soll einfach, intuitiv und in Bezug auf IT-Technologie und -Sicherheit stets fortschrittlich sein.
- Die für die Bundes- und Länderpolizeien relevanten IT-Dienste werden nur einmal entwickelt und stehen den entsprechenden Benutzern zur Verfügung.
- Die neue IT-Architektur bildet die Grundlage für ein digitales Netz und funktioniert störungsfrei zwischen der Polizei und ihren nationalen und internationalen Partnern.

Heute sind die Beamten mit bedeutenden infrastrukturellen Problemen konfrontiert. So haben sie beispielsweise nicht jederzeit Zugang zu den Informationen und viele Daten können nur vom Büro aus verwendet werden.

Polizei 20/20 soll die Daten in Echtzeit verfügbar machen, sodass sie auch bei polizeilichen Einsätzen verwendet werden

Wir können nicht gegen die Digitalisierung sein, weil wir sonst überfordert wären.



Referierende mit Johanna Bundi Ryser.

können. Dies gilt sowohl für nationale als auch für internationale Daten. Um diese Anforderung umzusetzen, sollen moderne Zugriffs- und Autorisierungskonzepte integriert werden, die die in unterschiedlichen Situationen gespeicherten Informationen nutzen und den Verlust von Informationen verhindern. An der Basis soll mit Polizei 20/20 neben der rascheren Implementierung der legalen Anforderungen auch eine digitalisierte Dokumentation und Kommunikation eingeführt werden.

Heute sind die Beamten mit bedeutenden infrastrukturellen Problemen konfrontiert.

Das Programm ist mit drei grossen Herausforderungen konfrontiert:

- inhaltliche Herausforderungen, die die ständige Konsolidierung der in den verschiedenen Organisationen historisch gewachsenen IT-Prozesse und -Systeme und die Digitalisierung der Polizeiarbeit betreffen
- strukturelle Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bündelung von 20 Stakeholdern mit oft divergierenden Interessen und der zusätzlichen Problematik, dass externe Dienstleister mitinvolviert sind
- zeitliche Herausforderungen, die sich aus der für die legale Realisierung der elektronischen Register in Strafsachen notwendigen Zeit, aber auch durch den Druck aller an der Investition Beteiligten, die in verhältnismässig kurzer Zeit Lösungen erwarten, ergeben

Holger Gadorosi liefert in Bezug auf das Timing kein genaues Datum, an dem die definitive Implementierung einer Architektur möglich ist, die die programmspezifischen Ziele erfüllt. Sollten die Finanzierungsprobleme 2022 behoben sein, könnte ab 2023 mit dem Bau des Datacenters begonnen werden und die ersten IT-Systeme würden eingeführt. Ab 2025 würden die ersten Daten migriert und mit den verschiedenen Operateuren verbunden. Ziel wäre es, dass die Polizei der

Staatsanwaltschaft ab 2026 nur noch elektronische Dokumente, also kein Papier mehr übermitteln würde. Bis 2028 sollten die Migration und die Anbindung aller Dienststellen an das Datacenter abgeschlossen sein.

Auf die ursprüngliche Frage angesprochen, ob die Digitalisierung der Polizei einen Mehrwert biete, antwortete Holger Gadorosi, dass die grosse Menge an polizeirelevanten Informationen ohne Digitalisierung nicht verwaltet und die Polizeiarbeit demzufolge auch nicht effizient ausgeführt werden könnte.

Referat von Alexander Mertes

Alexander Mertes ist Leiter der Fachstelle Public Performance Management & Digital Transformation an der ZHAW. Die Universität für Angewandte Wissenschaften ist in der Lehre, Forschung, Weiterbildung und Dienstleistung tätig – praxisnah und wissenschaftlich fundiert. Die von Mertes geleitete Fachstelle ermöglicht es öffentlich-rechtlichen oder nicht gewinnorientierten Organisationen, die Leistungen und Wirkungen ihrer Tätigkeiten zu erfassen und als Entscheidungsgrundlagen zu nutzen.

Gemäss Alexander Mertes gibt es viele Argumente, die die Digitalisierung betreffen. Sie reichen von finanziellen Ressourcen, Natur, Nachhaltigkeit, Bedürfnissen der Bevölkerung bis hin zu den neuen Technologien. Dabei sind viele Schichten des Sozialstaates betroffen, darunter Verbände, Unternehmen, Politik, aber auch Medien, Gesetze, Reglemente und viele andere. Kurzum: Die Digitalisierung betrifft jeden Bereich der Gesellschaft, in der wir leben und in deren Mittelpunkt sich Visionen, Strategien, Prozesse usw. befinden, sowie Menschen, die sich durch ihre Kultur, ihre Kompetenzen usw. differenzieren.

Alexander Mertes sprach über die Erfahrungen des Zürcher Quartiers Wipkingen mit der «Quartieridee», einem partizipativen Pro-

zess zur Ideensammlung und Budgetierung von lokalen Projekten. Die Einwohner von Wipkingen hatten die Möglichkeit, ihre Ideen für ihr Quartier über eine Online-Plattform einzugeben und nach einer Machbarkeitsprüfung über eine Auswahl von Ideen abzustimmen bzw. ein Quartierbudget auf ihre Lieblingsideen zu verteilen.

Das Echo war erfreulich. Es wurden 99 Ideen eingegeben, davon standen 27 Projekte im Rennen um das Quartierbudget von CHF 40'000. Schlussendlich wurden mittels Abstimmung unter den 1486 registrierten Usern auf der Plattform 8 Gewinnerprojekte ermittelt. An der Abstimmung nahmen 967 Personen teil. Selbstverständlich lief die ganze Initiative digital ab.

Ein partizipativer Erfolg und auch ein Erfolg für den Konsens in Bezug auf die gewählten Projekte, vor allem weil sie aus der Bevölkerung stammten. Ein Beispiel, das für weiterreichende Projekte in verschiedenen Bereichen verwendet werden kann.

Alexander Mertes lieferte ein zweites Beispiel: die von der Verwaltung des Kantons Schaffhausen eingeführte eID+. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, wie die dem Benutzerkreis zur Verfügung gestellten Dienstleistungen dank der Interaktion zwischen öffentlichem Dienst und Privatpersonen optimiert werden konnten, weil die Einwohner sofort auf einige Fehler aufmerksam machten. Dank diesem Projekt konnte eine offene Fehlerkultur gelebt werden. Verwaltung und Benutzerkreis kamen sich näher, sodass dank des Feedbacks die notwendigen Korrekturmassnahmen für einen leistungsstärkeren Service public ergriffen werden konnten.

Gemäss Alexander Mertes gibt es bei Transformationen, einschliesslich der digitalen, viele Herausforderungen, die alle betreffen. Die Mehrheit der Personen nimmt eine wartende und gleichgültige Haltung ein. Den Grossteil bilden Bremser/Skeptiker gegenüber denjenigen, die aktiv daran glauben, und Passiven, aber positiv Eingestellten. Dann gibt es aber auch die wenigen, die Veränderungen



Fragen aus dem Publikum nach der Podiumsdiskussion.

bekämpfen, egal ob sichtbar oder versteckt. Sie stehen den Visionären, Förderern entgegen. Diese Faktoren müssen berücksichtigt werden, weshalb bei Änderungsprozessen und auch in der Digitalisierung möglichst alle von den Veränderungen betroffenen Personen miteinbezogen werden.

Die Schweiz befindet sich im Hinblick auf die digitale Transformation im öffentlichen Sektor auf internationaler Ebene am unteren Ende der Klassierung (Platz 29 von 36 analysierten Staaten). Sie muss insbesondere im Bereich einiger Grunddienste wie zum Beispiel der Verwendung der elektronischen Identität (am 7. März von der Bevölkerung im Rahmen der Volksabstimmung abgelehnt), von zertifizierten Informationsquellen oder im Bereich der Transparenz aufholen.

Das letzte Argument von Alexander Mertes betraf das Projekt Virtual Kids, an dem sein Institut arbeitet. Dieses Projekt betrifft die Realisierung von virtuellen Charakteren mit dem Ziel, die Qualität von Kinderbefragungen zu verbessern. Mithilfe der entwickelten Software soll ein optimales Befragungsverhalten

in besonders schwierigen Situationen realitätsnah und individuell trainiert werden. Die Software soll Rollenspiele ersetzen, die nie sehr realistisch sind. Letzten Endes soll die Ausbildung optimiert werden.

Alexander Mertes sprach über verschiedene Anwendungen der Digitalisierung, um aufzuzeigen, dass die Digitalisierung in den verschiedenen Bereichen, einschliesslich der Polizeiarbeit, als empfindliche Verbesserung der dem Benutzerkreis gebotenen Prozesse und Dienstleistungen betrachtet werden sollte.

In diesem Sinne meinte Alexander Mertes auch, dass die Digitalisierung für die Polizei sicher einen Mehrwert darstellt. Es müsse aber versucht werden, den Benutzerkreis möglichst stark in den Entwicklungs- und Implementierungsprozess neuer Technologien einzubinden. Werden die Benutzer involviert, reduziert sich die Gefahr, dass die Projekte scheitern, und die Akzeptanz nimmt zu.

Referat von Dr. iur. Dominika Blonski

Als Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich erklärte Frau Blonski, worauf man beim Datenschutz achten muss. Dabei geht

es einerseits darum, das Grundrecht einzuhalten und personenbezogene Informationen so zu verarbeiten, dass die betroffene Person damit einverstanden ist. Das ist ein Verfassungsrecht. Die Regeln werden durch einen gesetzlichen Rahmen bestimmt. So können Grundrechte beispielsweise durch eine gesetzliche Grundlage nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit eingeschränkt werden.

In der Schweiz gibt es 27 Gesetze, die den Datenschutz betreffen, 1 Bundesgesetz für Unternehmen und die Bundesverwaltung und 26 kantonale Gesetze mit einem besonderen Anwendungsbereich für die kantonale Verwaltung, die Schulen und die Polizei.

In Europa ist in Sachen Datenschutz eine Reform im Gang. Es gibt auf der Ebene des Europarats eine unverbindliche Vereinbarung und eine europäische Richtlinie (EU), deren Grundsätze von der Schweiz übernommen und in die kantonalen Gesetze integriert werden müssen, namentlich im Bereich der Polizei. Diese Regelwerke werden einen gewissen Einfluss auf den grenzüberschreitenden Datenaustausch haben.

Was die eigentliche Digitalisierung angeht, läuft derzeit ein Projekt, dessen Grundlagen die rechtliche Basis und die Transparenz sind.

Die mit dem Datenschutz beauftragten Behörden werden vor allem bei der Analyse der Auswirkungen (Überlegungen zu den Auswirkungen und Risikoprävention) miteinbezogen. Es gibt auch eine Neuheit: die Pflicht, Datenschutzpannen jedes Mal zu melden, wenn solche vorkommen.

Für Frau Blonski gibt es in Bezug auf die Digitalisierung drei Schlagwörter: überlegen, das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen und Unterstützungswerkzeuge haben.

Auf die Frage, ob sie beim oben genannten Projekt mitarbeitet, antwortete die Referen-

tin mit Ja. Sie präzisierte jedoch, dass sie eine begleitende Rolle habe und dass sie nicht da sei, um zu bremsen.

Referat von Pascal Lüthi, Kommandant Kantonspolizei Neuchâtel

Im Vorfeld des letzten Referats des Morgens lag Herrn Lüthi viel daran zu betonen, dass die Delegierten des Datenschutzes nicht die Feinde der Polizei seien. Die Bevölkerung will dieses Vertrauen haben und sicher sein, dass die Daten geschützt sind (die Polizei hat zwei Sorten von «Kunden»: die Bevölkerung im Allgemeinen und Straffällige!).

Die Polizei musste sich der Digitalisierung stellen. Sie ist nicht die erste, wird aber auch

nicht die letzte sein. Dennoch gilt es zu bedenken, dass die Digitalisierung als erstes von Physikern für Physiker erdacht wurde. Ziel war die Kommunikation unter Rechenzentren und den Menschen, die sich kannten.

Der Physikingenieur und Doktor der Wissenschaften Pascal Lüthi erinnerte sich, dass er 1993 mit einem Kollegen nachts im Internet surfte. Zu jener Zeit gab es etwa 200 Seiten und die beiden Kollegen waren fasziniert von diesem neuen Medium, das die Gesellschaft verändern sollte. Heute scheint der Fortschritt unvermeidbar und man fragt sich, wie die Zukunft aussehen wird.

Auf die Frage des Tages, ob es einen Mehrwert gebe, antwortete der Referent eben-



Auch die Gäste nahmen an der Diskussion teil.

falls mit Fragen. Dabei bezog er sich namentlich auf den Sicherheitsguru Bruce Schneier, der die Digitalisierung bereits früher hinterfragte und Mängel aufzeigte. Seine Vorschläge und Fragen sind noch heute aktuell. So muss man sich insbesondere fragen: Worum geht es? Was ist das Ziel, was ist gut für uns? Oder auch: Welche Bedrohungen gibt es? Aber auch: Gibt es ganzheitliche Lösungen oder nur Teillösungen? Oder: Welches sind die neuen Gegebenheiten mit dem neuen System? Ohne die vielleicht wichtigste Frage zu vergessen: Lohnt es sich?

Und trotzdem braucht es Informationen, die Digitalisierung erlaubt deren Speicherung und schafft neue Informationen. Doch welches sind die Bedrohungen für die Information? Hat die Digitalisierung etwas verändert? Die Vertraulichkeit ist mit der Digitalisierung nicht mehr gewährleistet. Es gibt mehr Nachrichten, jedenfalls mehr Verbreitung von Nachrichten, aber sie sind nicht zuverlässiger und können vor allem weniger gut überprüft werden.

Für die Polizei ist es mit der Digitalisierung schwieriger, im Hinblick auf den Datenschutz gesetzeskonform zu arbeiten. Man muss mit dem Compliance-Risiko rechnen, das zugenommen hat. Wie wird die Polizei der Zukunft aussehen? Ist sie nur eine Schachfigur oder wird sie die Kontrolle behalten, um ihre Mission zu erfüllen?

Die Polizei muss mit neuen Risiken rechnen. Die Digitalisierung führt dazu, dass sie vielleicht angegriffen wird. Wie bereits oben erwähnt, kann die Polizei Gefahr laufen, sich in einer illegalen Position zu befinden. Sie kann auch Opfer von Pannen oder Bugs sein, die entsprechenden Folgen sind unvorhersehbar. Auch die Kosten in den Budgets können explodieren, ohne Vorhersage, und man muss trotzdem bezahlen, indem man anderswo Kosten reduziert. Die Polizei will effizienter werden, die Bevölkerung erwartet dies. Angesichts der fünf genannten Risiken daher die Frage: Lohnt sich das alles?

Die Polizei muss mit neuen Risiken rechnen.

Positiv ist gemäss Pascal Lüthi, dass die Polizeizusammenarbeit auf einem bisher erreichten Stand ist. Der Mehrwert für die Polizei lässt sich nicht leugnen. Die Digitalisierung hat die Kantone zur Zusammenarbeit gezwungen.

Die KKKPKS hat an Bedeutung gewonnen. Es gibt neu das Programm PTI (Polizeitechnik und Informatik Schweiz) und dieses Thema wurde in die Agenda der KKKPKS aufgenommen.

Dennoch könnte man vielleicht auf gewisse Aspekte verzichten, so sind insbesondere die Standardprodukte des Marktes nicht für eine sichere Polizei geeignet.

Eine durchwachsene Bilanz zum Schluss: Die Organisationen, wie zum Beispiel die Polizei, müssen sich an die Digitalisierung gewöhnen, und das wird sie teuer zu stehen kommen. Zudem wird dieser Fortschritt weitergehen, doch letztendlich zählt nur das Vertrauen in den gesunden Menschenverstand. ←